

- (4) Die Kommission hat die Mehrjahresrichtprogramme für St. Pierre und Miquelon und Neukaledonien für den Zeitraum 2021-2027 angenommen<sup>6</sup>, in denen folgende Prioritäten festgelegt sind: nachhaltiger Tourismus (Saint-Pierre und Miquelon) und Energiewende (Neukaledonien).
- (5) Die Ziele des gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzierenden Jahresaktionsplans bestehen darin, einen Beitrag zum ökologischen Übergang und zur Resilienz von St. Pierre und Miquelon und Neukaledonien zu leisten, wie auch in ihren Mehrjahresrichtprogrammen (MRP) vorgesehen, und die Partnerschaft zwischen der EU und den ÜLG durch die Mobilisierung einer flexiblen und bedarfsorientierten Fazilität für technisches Fachwissen und technische Unterstützung zu fördern.
- (6) Die Maßnahme „Budgethilfeprogramm für nachhaltigen Tourismus in Saint-Pierre und Miquelon“ zielt darauf ab, die Umsetzung der Strategie von Saint-Pierre und Miquelon zu unterstützen, das Gebiet zu einem nachhaltigen Reiseziel zu machen und den Beitrag des Tourismussektors zur lokalen Wirtschaft zu erhöhen.
- (7) Die Maßnahme „Budgethilfeprogramm für die Energiewende in Neukaledonien“ zielt darauf ab, die Umsetzung der neukaledonischen Energiewendestrategie zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen mit der Maßnahme der Bergbausektor umweltfreundlicher gestaltet, die Dekarbonisierung der Mobilität angestrebt und die Nachhaltigkeit und Resilienz des Gebiets gestärkt werden.
- (8) Die Maßnahme mit dem Titel „Fazilität für technische Zusammenarbeit mit den ÜLG“ zielt darauf ab, die Kapazitäten der ÜLG zu stärken, sich am Politikdialog zwischen der EU und den ÜLG zu beteiligen und Strategien, Regulierungsrahmen und Kooperationsprogramme zu formulieren und umzusetzen.
- (9) Gemäß Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 sind die in den Anhängen I und II dargelegten Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (10) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung<sup>7</sup> zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

- (11) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (12) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.

---

Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28).

<sup>6</sup> Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021-2027, C(2021) 9164 final vom 15.12.2021.

<sup>7</sup> Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.